

Verfassungsschutz wirft AfD in Brandenburg die Maske vom Gesicht!

Brandenburgs Innenministerin Katrin Lange entlässt Verfassungsschutzchef Müller nach Einstufung der AfD als rechtsextrem.



Brandenburg, Deutschland - Am 7. Mai 2025 verabschiedete sich Brandenburgs Verfassungsschutzchef Jörg Müller unter dramatischen Umständen von seinem Posten. Innenministerin Katrin Lange (SPD) entließ ihn im Zuge einer Kontroversen um die Einstufung der AfD, die nun offiziell als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft wird. Diese Entscheidung wurde im Innenausschuss von Lange bestätigt und kommt nach einer intensiven Diskussion, die bereits im Dezember 2024 begann.

Müller hatte die Einstufung basierend auf einem umfassenden 1.100-seitigen Gutachten in der Mitte des vergangenen Monats beschlossen, informierte Lange jedoch erst am Montag über die finale Entscheidung. Kritiker werfen der Ministerin vor,

politischen Einfluss auf den Verfassungsschutz auszuüben, was die Entlassung Müllers als politisch motiviert erscheinen lässt. In der Politik wird dies als eine Bestätigung der Argumente der AfD- und LINKEN-Anhänger gegen den Verfassungsschutz interpretiert.

AfD im Fokus

Die frühere Einordnung der AfD als rechtsextremer Verdachtsfall wird nun von der Innenministerin als „gesichert“ charakterisiert. Diese Umstellung ist besonders markant, da zuvor nur die einzelnen Abgeordneten der AfD als rechtsextrem eingestuft wurden. Müller galt über viele Jahre als verlässlicher Beamter und festigte das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Verfassungsschutz in Brandenburg, das jetzt durch Langes Vorgehen auf die Probe gestellt wird.

Diese Wendung kommt zeitgleich mit der bundesweiten Einstufung der AfD, die ebenfalls als gesichert rechtsextremistisch betrachtet wird. Aktuelle Einstufungen gibt es bereits in anderen Bundesländern wie Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die politischen Auswirkungen dieser Einschätzung sind tiefgreifend, da sie die Wahrnehmung der AfD als „Anti-Eliten-Partei“ stärken könnten.

Unruhen innerhalb der SPD

Die Entscheidung, Müller zu entlassen, führt zu Unruhe in den eigenen Reihen der SPD, die sich klar gegen Rechtsextremismus positioniert hat. Lange, die als erzkonservative Politikerin gilt, wird zudem als mögliche Nachfolgerin von Ministerpräsident Dietmar Woidke gehandelt. Ihre Wahlversprechen, insbesondere in Bezug auf eine harte Migrationspolitik, bringen zusätzliche Brisanz in die politische Diskussion.

Rechtsextremismus in Deutschland

Der Hintergrund dieser Entwicklungen ist ein beunruhigender Anstieg rechtsextremistischer Aktivitäten. Laut dem **Verfassungsschutz** belief sich das Gesamtpotenzial der rechtsextremistischen Personen im Jahr 2023 auf etwa 40.600, was einem Anstieg um 1.800 Personen im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Diese Zunahme führt auch zu höheren Zahlen an rechtsextremistischen Straftaten, die 2023 bei 25.660 Delikten lagen.

Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten stieg im Jahr 2023 auf 1.148, was eine Zunahme von 13,0 % im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Vorfälle wie fremdenfeindliche Gewalttaten nahmen sogar um 17,2 % zu. Diese alarmierenden Statistiken verdeutlichen, wie rechtsextreme Gruppen Krisen und gesellschaftliche Spannungen ausnutzen, um ihre eigenen Narrative zu verbreiten.

In diesem Kontext bleibt die politische Relevanz der jüngsten Verfassungsschutz-Einstufung der AfD ein zentrales Thema. Der Vertrauensverlust in die Institution wird durch die von Lange vorgenommene Entlassung weiter akzentuiert, während die AfD möglicherweise von der neuen Wahrnehmung profitieren könnte.

Die Geschehnisse rund um den Verfassungsschutz und die AfD in Brandenburg stehen damit im Zentrum eines komplexen und zunehmend angespannten politischen Diskurses.

Details	
Vorfall	Rechtsextremismus
Ort	Brandenburg, Deutschland
Quellen	• www.rbb24.de • www.sueddeutsche.de • www.verfassungsschutz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de